

aktuell

3 Jahre Regierung Faymann

**Erfolgreicher
Kurs durch
schwierige Zeiten**

**Liebe Leserin,
Lieber Leser**

Vor drei Jahren, am 2. Dezember 2008, wurde die Regierung Werner Faymann angelobt. Sie trat die Legislaturperiode in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten an. Es galt und gilt nach wie vor, Österreich durch die weltweite Finanz- und Weltwirtschaftskrise zu steuern, die in eine Krise der Eurozone mündete – und zugleich das hohe soziale Niveau zu erhalten und zu modernisieren.

Ab Seite 4

Demokratie und Transparenz wird von der Regierung vorangetrieben. Nun hat man sich auf ein Gesetz zur Medientransparenz sowie zur Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative geeinigt.

Seite 8

Eure Redaktion

Zitat der Woche

**„Wer hat sich durchgesetzt?
Österreich!“**

**Finanzstaatssekretär
Andreas Schieder auf die Frage,
ob sich in Sachen Schuldenbremse
der Bund oder die Länder
durchgesetzt haben**

SPLITTER



Online-Diskussion zur Bildung



**Jetzt Mitdiskutieren auf www.oe2020.at
Das Thema des Monats: Die Forderungen des
Bildungsvolksbegehrens und ihre Umsetzung.**

Im Kontext mit dem eben abgeschlossenen Bildungsvolksbegehren bringen wir eine Serie von hochkarätigen Beiträgen. Der Initiator von „Österreich darf nicht sitzenbleiben“ (www.vbbi.at) Hannes Androsch hat letzte Woche einen Kommentar für „SPÖ Aktuell“ und das „Oe2020“-Meinungsforum verfasst. Diese Woche bringen wir einen Kommentar aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer – von Heidi Schrodt, langjährige AHS-Direktorin und Vorsitzende der überparteilichen Initiative „BildungGrenzenlos“. Weitere Beiträge sind geplant. Auch auf www.oe2020.at starten wir begleitend dazu ein neues „Thema des Monats“ zu den wichtigsten Reformvorhaben im Bildungssystem. Persönliche Wünsche und Appelle an die Politik zum Thema Bildung in Österreich und auf europäischer Ebene können und sollen gepostet und diskutiert werden. ♦



Zimmer

Die Politik spart auch bei sich.

Nulllohnrunde für Politiker

Für Politiker wird es auch im kommenden Jahr eine Nulllohnrunde geben. Zum dritten Mal verzichten die Volksvertreter damit auf eine Erhöhung ihrer Bezüge. Betroffen sind u.a. Nationalratsabgeordnete, Bundesräte, Regierungsmitglieder und Landespolitiker. ♦

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Mag^a Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

BUDGET

Millionärssteuer muss kommen

Die Regierung hat erneut bekräftigt, wie notwendig eine Schuldenbremse ist. Aus SPÖ-Sicht ist klar: Parallel dazu muss es auch vermögensbezogene Steuern geben, wie Kanzler Werner Faymann betonte.

Peanuts“ oder „Zaster“ – „Hauptsache, vermögensbezogene Steuern kommen“, so Bundeskanzler Werner Faymann, der damit auf die Aussage von Innenministerin und ÖAAB-Chefin Mikl-Leitner anspielte. Mikl-Leitner hatte in einer Rede pro Reichensteuern „Her mit dem Zaster!“ gefordert – zum Missfallen vieler in der ÖVP. Ihr Obmann Spindelegger tat dann gestern im Ministerrat vermögensbezogene Steuern als „Peanuts“ ab. Die Replik des Bundeskanzlers war eindeutig: Wie man es nennt, sei unwesentlich, wichtig ist, „dass Millionäre ihren Beitrag für ein funktionierendes Österreich leisten“.

Kanzler und Vizekanzler warben erneut für die Schuldenbremse. „Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, um weiter zu den Besten in Europa zu gehören. Nur dann sind wir unabhängig von Spekulanten und vermeiden enorm hohe Zinsen“, so Werner Faymann. Nach der Einigung mit Ländern und Gemeinden, die bei der Schuldenbremse mitmachen, appellierten Faymann und Spindelegger an die Opposition, ebenfalls zuzustimmen, damit die Defizitregel als Verfassungsgesetz beschlossen werden kann. Eine erste Abstimmung gibt es (nach Redaktionsschluss) am 1. Dezember im Verfassungsausschuss. ♦



HBFWenzel

Bundeskanzler Werner Faymann fordert, dass auch Millionäre einen fairen Beitrag leisten, damit Österreich weiter zu den Besten in Europa gehören kann.



Turbulente Zeiten brauchen soziale Lösungen

Die derzeitige weltweite Finanzkrise stellt Österreich vor neue Herausforderungen. Ein Rückblick anlässlich des dreijährigen Jubiläums der sozialdemokratisch geführten Regierung zeigt, dass Österreich bisher sicher durch die Krise gebracht und wichtige Reformen erfolgreich umgesetzt wurden. Nun gilt es weitere wichtige Herausforderungen zu meistern und Maßnahmen, wie beispielsweise die europäische Finanztransaktionssteuer oder den Kampf gegen Atomenergie, voranzubringen!

Arbeitslose in der EU im Oktober 2011

Niedrigste Quoten

Österreich	4,1
Luxemburg	4,7
Niederlande	4,8
Deutschland	5,5

EU-27	9,8
Eurozone	10,3

Höchste Quoten

Lettland	16,2*
Griechenland	18,3*
Spanien	22,8

*Griechenland - August, Lettland - Juni Quelle: APA/Eurostat | Grafik: SPÖ, Foto: Bilderbox

Österreich hat im europaweiten Vergleich die geringste Arbeitslosigkeit und eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit.

Die Arbeitsmarktdaten sind ein klarer Beweis, dass die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann die richtigen Maßnahmen gesetzt hat. So wurden Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete geschnürt, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Österreich hat im europaweiten Vergleich die geringste Arbeitslosigkeit und eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit!

Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigt der Vergleich mit anderen Staaten in Europa, wo teilweise sogar jeder zweite Jugendliche ohne Job dasteht. Aber nicht nur Bildung und Ausbildung im Bereich der Lehrlinge waren und sind Schwerpunkte der sozialdemokratischen Politik. Mit der flächendeckenden Umsetzung der Neuen Mittelschule ist ein bildungspolitischer Meilenstein gelungen. Damit werden die Talen-

te und Begabungen der Schülerinnen und Schüler verstärkt in den Mittelpunkt gestellt – eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Gleichzeitig findet ein Ausbau der schulischen Ganztagesbetreuung und der Sprachförderung statt.

Weiters wurde ein sozial gerechter Mix aus Einnahmen und Ausgaben zur Budgetkonsolidierung beschlossen. Ziel war es, dass vor allem diejenigen ihren gerechten Beitrag leisten, die für die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren mitverantwortlich waren. Daher wurden die Bankenabgabe, die Reform der Stiftungsbesteuerung oder auch die Vermögenszuwachssteuer beschlossen. Somit kommen zwei Drittel der neuen Einnahmen von Banken, Spekulanten, Stiftungen und Konzernen. Ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit!

Doch damit nicht genug. Weitere vermögensbezogene Maßnahmen wurden bereits diesen Herbst bei der SPÖ-Präsidiumsklausur zur Entlastung des Faktors Arbeit präsentiert. Neben der Forderung nach einer Millionärssteuer, der Reform der Gruppenbesteuerung und der Reform der steuerlichen Absetzbarkeit der Managergehälter wurde auch die Forderung nach der Einführung der Finanztransaktions-

„Klare Regeln auf europäischer Ebene sowie eine Finanztransaktionssteuer sind notwendige Maßnahmen gegen die Macht der internationalen Finanzmärkte. Wir brauchen ein anderes, ein gerechtes, ein demokratisches Europa!“

steuer auf europäischer Ebene erneuert. Im Laufe des nächsten Jahres wird es nun die Möglichkeit geben, Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene zu starten und so mehr direkte Demokratie zu leben. Die SPÖ führt dazu bereits jetzt Gespräche, unter anderem mit unserer deutschen Schwesterpartei, der SPD. Themen sind etwa eine bessere Finanzmarktarchitektur, dazu gehört auch die europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer, mehr soziale Fairness und eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen in einer Veränderung des derzeitigen Finanzsystems. Klare Regeln auf europäischer Ebene sowie eine Finanztransaktionssteuer sind notwendige Maßnahmen gegen die Macht der internationalen Finanzmärkte. Wir brauchen ein anderes, ein gerechtes, ein demokratisches Europa! ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf www.facebook.com/laurarudas.at

BILANZ

Reformen, die Österreich weiterbringen

Seit der Angelobung der Regierung Faymann vor drei Jahren wurden zahlreiche wichtige politische Schritte gesetzt, die Österreich sozialer, moderner und fit für die Zukunft machen.

Als die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann am 2. Dezember 2008 angelobt wurde, schwappte gerade die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise über den großen Teich nach Europa. Bundeskanzler Faymann und sein Regierungsteam haben rasch und richtig auf die drohenden Auswirkungen reagiert und Österreich mit sicherer Hand durch die schwierigen wirtschaftlichen Zeiten gesteuert. Während andere Länder mit radikalen Sparmaßnahmen reagierten und die Menschen auf den Straßen gegen Massenarbeitslosigkeit und Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich protestierten, wurde in Österreich in die aktive Arbeitsmarktpolitik investiert, das soziale Netz mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung noch weiter ausgebaut und wichtige Verbesserungen in Zukunftsressorts wie Bildung und Innovation umgesetzt. Und die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Der

Faymann-Weg hat dazu geführt, dass Österreich ein europa-, ja sogar ein weltweites Vorbild in Sachen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Gesundheit und Innovation geworden ist.

Weiterarbeiten für Österreich

Klar ist: Die Folgen der Finanzkrise sind noch nicht völlig überwunden. Die SPÖ-geführte Regierung setzt auch weiterhin auf Maßnahmen zur Ankurbelung von Arbeitsmarkt und Konjunktur sowie stabile Finanzen durch eine sozial ausgewogene Budgetkonsolidierung. Auch die nächsten beiden Jahre werden Bundeskanzler Werner Fay-



Fotolia

In den vergangenen drei Jahren haben Bundeskanzler Werner Faymann und sein Team zahlreiche Verbesserungen für die Menschen in diesem Land erreicht.

mann und sein Team mit voller Kraft dafür kämpfen, dass Österreich seine Vorbildwirkung nicht nur behält, sondern sogar stärkt und mit jedem Tag ein Stück sozialer, fairer und gerechter wird. ♦

INTERVIEW

„Europa braucht die Finanztransaktionssteuer“

Im Interview mit „SPÖ Aktuell“ zieht Bundeskanzler Werner Faymann Bilanz über drei Jahre Regierung und spricht über Mittel und Wege wie eine neue Finanzkrise verhindert werden kann.



Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest: „Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche haben dazu beigetragen, dass Österreich die Krise besser bewältigt hat als die meisten anderen Länder.“

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, als Sie und Ihre Regierung vor drei Jahren angetreten sind, wurde Europa ge-

rade mit voller Wucht von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Warum hat Österreich die drohenden Auswirkungen besser bewältigt als andere Länder?

Werner Faymann: Mit den beiden Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaketen sowie Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung und Entwicklung wurde der Krise entgegengehalten. Und der Erfolg

gibt uns recht. Wir können mit Stolz auf die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit, unser sicheres staatliches Pensi-

onssystem, unser hervorragendes Gesundheits- und Pflegesystem sowie unsere weltweite Top-Platzierung in Sachen Innovation verweisen.

Wie kann verhindert werden, dass Spekulanten und Banken die Weichen für die nächste Krise stellen?

Faymann: Ganz klar: Europa braucht strengere Regeln für Finanzmärkte und Maßnahmen gegen Spekulation. Europa braucht die Finanztransaktionssteuer. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, da Banken und Spekulanten damit auch endlich einen fairen Beitrag leisten, sondern auch ein starkes Instrument im Kampf gegen Spekulation. ♦

SOZIALES

Gute Arbeit!

Die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit, der weitere Ausbau von Sozialleistungen, das beste Pflegesystem und sichere Pensionen – das ist SPÖ-Politik.

Die letzten drei Jahre haben gezeigt, was in Sachen Arbeitsmarkt, Soziales, Pflege und Pensionen alles möglich ist, wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an der Spitze eines Landes steht und auch das Amt des Sozial- und Arbeitsministers von einem Sozialdemokraten bekleidet wird.

Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

In Sachen Arbeitsmarktpolitik kann kein Land in Europa Österreich das Wasser reichen. Während der Krise wurde mit zwei Arbeitsmarktpaketen und Maßnahmen wie der Kurzarbeit Massenarbeitslosigkeit verhindert und Qualifizierung forciert. Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind wir Europameister.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Ein Meilenstein

Während andere Länder angesichts der Wirtschaftskrise reflexartig den sozialen Sparstift zückten, hat Österreich während der Krise das soziale Netz sogar weiter ausgebaut. Mit der Bedarfsorientierten



Sozialminister Rudolf Hundstorfer setzt auf aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung. Denn eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Mindestsicherung wurde ein Instrument geschaffen, das in schwierigen Zeiten vor Armut schützt.

Pflegefonds – Finanzierung der Pflege gesichert

Österreichs Pflegesystem gehört zu den weltweit besten. Damit dies auch so bleibt, wurde der Pflegefonds eingerichtet, um für die nächsten drei Jahre frisches Geld für Länder und Gemeinden für den Aus-

bau von Pflegedienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Im Zuge des Pflegegeldreformgesetzes wird außerdem die Verwaltung radikal verkleinert. Die Vorteile für die Betroffenen: einheitlicher Vollzug, rasche Verfahren, weniger Verwaltungsaufwand.

Stolz auf unser sicheres Pensionssystem

Die Säulen von Österreichs umlagefinanziertem, staatlichem Pensionssystem haben sich auch im Sturm der Finanzkrise als stabil und sicher erwiesen. Damit wir auch in Zukunft auf unsere starken Säulen bauen können, muss die Zahl der Invaliditätspensionen reduziert und das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter herangeführt werden. Mit „fit2work“, Rehabilitationsmaßnahmen und der Gesundheitsstraße soll dafür gesorgt werden, dass die Menschen länger gesund im Erwerbsleben verbleiben können.

Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest, dass Österreichs Seniorinnen und Senioren auch in finanziell schwierigen Zeiten die Teuerung abgegolten werden muss. Daher werden auch im Jahr 2012 die Pensionen um die volle Inflationsrate erhöht. ♦

DEMOKRATIE

Erfolgreiches Bohren in harten Brettern

Von der Lösung des Ortstafelkonfliktes bis zum Lobbyistengesetz: Viel Bewegung in Sachen Demokratie und Transparenz.



Die SPÖ schaffte mit der Ortstafellösung einen Meilenstein (Im Bild: der Kärntner SPÖ-Vorsitzende Peter Kaiser und Staatssekretär Josef Ostermayer).

Nach 56 Jahren Verhandlungsdauer wurde ein Verfassungsgesetz verabschiedet, das in 164 Kärntner Ortschaften zweisprachige Ortstafeln vorsieht und damit Teil eines Gesamtpaketes ist, das unter anderem auch die Amtssprache sowie die Förderungen für zweisprachige Privat- und Gemeindekindergärten, Musikschulen, Kulturprojekte und ein Dialogforum beinhaltet. Mit dem Lobbyistengesetz sollen Regeln für Lobbying definiert

und deren Eintragung in ein Lobbyistenregister vorgeschrieben werden. Außerdem wird es ein Provisionsverbot bei Rechtsgeschäften des Bundes geben.

Ab 1.1.2012 sind Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die Korruption in den eigenen Reihen aufzeigen, besser geschützt. Den sogenannten „Whistleblowers“ sollen keine Nachteile im Dienstverhältnis drohen – wie zum Beispiel „Strafversetzungen“. ♦

BILDUNG

Hurra, die neue Schule ist da!

Mit zahlreichen Reformen hat Bildungsministerin Claudia Schmied für frischen Wind in den Klassenzimmern gesorgt. Die Zeit des Stillstands ist vorbei – die neue, moderne und chancengerechte Schule ist da.



Bildungslust statt Schulfrust und Zukunft statt Stillstand: Darum geht es in der neuen Schule.

Fotolia

In der Bildungspolitik reiht sich eine erfolgreiche Reform an die andere. Das Wichtigste dabei: All diese Reformen kommen punktgenau im Klassenzimmer an und sorgen dafür, dass sich die Talente und Begabungen unserer Kinder bestmöglich entfalten können. Die Erfolgsbilanz von Ministerin Schmied kann sich sehen lassen:

- » Die Neue Mittelschule wird zur Regelschule, bis 2018/19 werden alle Hauptschulklassen umgestellt.
- » Die schulische Tagesbetreuung wird deutlich ausgebaut, dafür gibt es jährlich 80 Millionen Euro.
- » Das Projekt „Kleinere Klassen“ ist erfolgreich umgesetzt, das bedeutet mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder.

» Die Maßnahmen zur Sprachförderung wurden intensiviert: Deutschförderkurse wurden verlängert und auch der muttersprachliche Unterricht wird weiter gefördert.

» Bereits 7.500 Jugendliche haben am Erfolgsprojekt „Lehre und Matura“ (parallel zur Lehre kostenlos zur Matura) teilgenommen.

» Allein in den Jahren 2009 und 2010 hat die Regierung Faymann 600 Millionen Euro in den Neubau und die Sanierung von Bundesschulen investiert. Bis 2018 gibt es insgesamt 1,6 Milliarden Euro.

Mit der Reform der Oberstufe, den Bildungsstandards und dem neuen Dienstrecht für Lehrende setzt Ministerin Schmied ihren Reformweg konsequent fort. ♦

INFRASTRUKTUR, F&E Fit für die Zukunft



Fotolia

Investitionen in die Forschung sind Investitionen in den Wirtschaftsstandort Österreich.

Infrastrukturministerin Doris Bures hat eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, um Verkehrssicherheit, Infrastruktur und Innovation in Österreich zu stärken. Eine Auswahl:

- » Höhere Strafen für Raser und Alko-Lenker
- » Radhelmpflicht für Kinder bis 12 Jahre
- » Verbesserte Moped- und Motorradfahrer-Ausbildung
- » Einführung der Rettungsgasse 2012
- » 12, 8 Mrd. Euro Rekordinvestitionen in den Ausbau der Schiene
- » Maximaler Datenschutz bei Vorratsdatenspeicherung
- » Stärkung der Verbraucherrechte von Handynutzern
- » Beschleunigter Breitbandausbau auch im ländlichen Raum
- » 400 Millionen Euro für angewandte Forschung
- » E-Mobilitätsoffensive
- » 50 Mio. Euro für Forschung zur „Intelligenten Produktion“ ♦

GESUNDHEIT Operation gelungen!



Begsteiger

Alle Patientinnen und Patienten erhalten die beste Gesundheitsversorgung.

Das österreichische Gesundheitssystem zählt weltweit zu den besten. Damit das so bleibt, hat Gesundheitsminister Alois Stöger eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Um die Finanzierung der Gesundheitsversorgung zu sichern, wurde z.B. ein Kassensanierungspaket geschnürt. Mit Erfolg: Der Schuldenstand der Krankenkassen hat sich fast halbiert. Um auch das Angebot im niedergelassenen Bereich zu verbessern, wurden die Gruppenpraxen eingeführt. Ihre Vorteile: mehrere Ärzte unter einem Dach und längere Öffnungszeiten – auch am Wochenende. Auch die Spitalsreform ist auf einem guten Weg. Ihr Kern: Die derzeit zehn Spitalgesetze auf ein bundesweit einheitliches zu reduzieren und mehr Transparenz zu schaffen. Weiters gibt es ab 2012 zwei neue Gratis-Impfungen für Kinder. Ebenfalls in Arbeit: Die Elektronische Gesundheitsakte. ♦

FINANZEN & VERWALTUNG

Stabil und wettbewerbsfähig

Die Regierung Faymann hat Österreich sicher durch die Krise geführt. Mit Spar-samkeit, Zukunftsinvestitionen und Reformen in der Verwaltung bleibt Österreich stabil und wettbewerbsfähig.

Durch Konjunkturpakete hat die Regierung die Folgen der Krise abgefangen und den österreichischen Arbeitsmarkt geschützt. Steuerreformen, Budgetkonsolidierung und jährlich 400 Millionen Euro für Offensivmaßnahmen in Bildung, Forschung und Umwelt haben dafür gesorgt, dass Österreich wirtschaftlich sehr gut dasteht und unsere Bonität hervorragend ist. Gleichzeitig hat die SPÖ vermögensbezogene Einnahmen durchgesetzt. Jetzt soll mit einer Schuldenobergrenze dafür gesorgt werden, dass Österreich unabhängig von Spekulanten bleibt und nicht enorm hohe Zinsen zahlen muss.

- » Steuerreform 2009 mit über 3,2 Mrd. Euro Entlastung
- » Vermögensbezogene Steuern ab Budget 2011 (u.a., Bankenabgabe, Vermögenszuwachssteuer, Reform bei Stiftungen); allein 2012 eine Mrd. Euro aus gerechten Einnahmen
- » Jährlich 400 Millionen Euro Offensivmaßnahmen für Bildung, Forschung etc. bis 2015
- » Einsparungen durch Verwaltungsreformen: Bundesamt für Asyl, Verwaltungsgerichte, Sicherheitsbehörden
- » Schuldenobergrenze: Ab 2017 maximal 0,35 Prozent des BIP Defizit

» Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete 2008/2009



Mit gezielten Investitionen und einer sozial ausgewogenen Konsolidierung des Budgets sorgt die SPÖ-geführte Regierung für stabile Staatsfinanzen.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT Mit Frauenpower gegen die Lohnschere



Begsteiger

Nach wie vor verdienen Frauen um etwa ein Drittel weniger als Männer. Das wird sich ändern.

Von der Einkommenstransparenz bis zum Ausbau der Betreuungseinrichtungen: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kämpft für mehr Einkommensgerechtigkeit.

- » Einkommensberichte verpflichten die Betriebe zur Gehaltsoffenlegung.
- » Der Bund legt eine Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50 Prozent und darüber fest.
- » Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze wird vorangetrieben.
- » Das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld hilft Frauen und Männern zu besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- » Der verpflichtende Gratis-Kindergarten verhilft Kindern zu einem besseren Schulstart und Eltern zur Gewissheit, ihre Kinder gut betreut zu wissen.

SICHERHEIT Frieden und Demokratie bewahren



Bundesheer

Eine wichtige Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres ist der Katastrophenschutz

Sicherheit beinhaltet für die SPÖ die persönliche Sicherheit jedes Einzelnen und ein gelungenes Zusammenleben in Österreich und auf der ganzen Welt.

Das Österreichische Bundesheer ist nicht nur in Katastrophenfällen in Österreich zur Stelle. 1.500 Soldatinnen und Soldaten stehen für internationale Friedenseinsätze bereit. Österreich ist außerdem bestrebt, die Sicherheit im eigenen Land zu erhöhen, etwa durch neue Gesetze zur Terrorismusprävention oder Schaffung eines Bundesamtes zur Korruptionsbekämpfung. Auch Effektivität ist dabei ein wesentlicher Faktor. 31 Sicherheitsbehörden werden künftig zu neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt. Ab 2013 wird es außerdem ein Bundesamt für Asyl und Migration geben, in dem alle erstinstanzlichen Zuständigkeiten für das neue Fremdenrecht gebündelt sind.

DEMOKRATIE & TRANSPARENZ

Gläserne Regierung – aktive Bürger

Die Bundesregierung hat zwei Meilensteine für mehr Transparenz und Demokratie auf den Weg gebracht: Neben umfassenden Regeln für mehr Medientransparenz wurde der Weg für die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative geebnet.



Seit Monaten wurde über das Medientransparenzpaket verhandelt, jetzt haben sich die Regierungsparteien auf einen Gesetzesentwurf geeinigt. Dieser sieht umfangreiche Regelungen vor: Neben Vorschriften, wann und unter welchen Bedingungen Ministerien und andere öffentliche Körperschaften werben dürfen, soll es künftig eine vollständige Offenlegung der Eigentumsverhältnisse aller Medien geben. Was die Inseratenvergabe betrifft, müssen Schaltungen quartalsmäßig offengelegt werden. SPÖ-Klubobmann Josef Cap sieht im Entwurf einen großen Fortschritt: „Das Gesetz bringt Transparenz über die Eigentumsverhältnisse bei Medien und über die Informationsarbeit durch Inserate. Das stärkt und unterstützt die Arbeit der Journalis-

ten und Redaktionen“, sagt Cap. Die Bundesregierung zeigt damit, dass sie es mit Transparenz ernst meint.

„Aktives Interesse an Bürgerbeteiligung“

Mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und Mitbestimmung auf europäischer Ebene wird es mit der Europäischen Bürgerinitiative geben, die bis 1. April 2012 von jedem EU-Mitgliedsland verankert werden muss. Österreich hat bereits jetzt die Vorkehrungen dafür getroffen. Bundeskanzler Werner Faymann betont: „Österreich wird die Bürgerinitiative rechtzeitig umsetzen, denn wir haben ein aktives Interesse an mehr Bürgerbeteiligung.“ Mit den Bürgerinitiativen gibt es künftig die Möglichkeit, europaweit Anliegen der Bevölkerung durchzusetzen. ♦

REFORMDIALOG

Bürger werden befragt

Im Rahmen des Reformdialoges für den Öffentlichen Dienst hat auf www.reformdialog.at die erste österreichweite Online-Umfrage begonnen.

Nicht nur die öffentlich Bediensteten, sondern alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich im Rahmen des Reformdialogs an der Sammlung von Ideen für eine Weiterentwicklung des Öffentlichen Dienstes zu beteiligen. Es geht darum, mitzuhelfen den Öffentlichen Dienst zukunftsfit zu machen. Ausgangspunkt sind sieben Thesen und 50 Empfehlungen, die von Experten erarbeitet wurden. Auf Basis dieser Thesen der Fachleute werden nun alle Interessierten eingeladen, Ideen, Anregungen und Wünsche zur Zukunft des öffentlichen Dienstes bis Ende Jänner einzubringen. ♦



Knie

Für Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist der Öffentliche Dienst jetzt schon serviceorientiert und sparsam. Man dürfe aber nicht stehen bleiben.

FORSCHUNG

Volle Innovationskraft voraus

22 Unternehmen haben die Deklaration „Innovationsland Österreich“ unterschrieben und sich damit selbst verpflichtet, ihre Forschungsausgaben massiv zu erhöhen.

1,4 Milliarden Euro – soviel wollen Österreichs Innovationsunternehmen 2015 in die angewandte Forschung stecken. Das ist eine Steigerung von 20 Prozent bzw. 229 Millionen Euro. „Dieser Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Staat bringt uns dem Ziel einer Poleposition in Forschung und Entwicklung entscheidend näher. Und das in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“, freut sich Infrastrukturministerin Doris Bures, die diese Initiative ins Leben gerufen hat. Auch die Regierung erhöht ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Heuer waren es 420 Millionen Euro, bis 2015 wird dieser Betrag jährlich um 2,5 Prozent aufgestockt. Das mittelfristige Ziel der Ministerin: Die Erhöhung der Forschungsquote von gegenwärtig 2,79 Prozent auf 3,76 im Jahr 2020. ♦



„Innovation, Forschung und Entwicklung sind die kräftigsten Motoren für unsere Wirtschaft“, sagte Infrastrukturministerin Doris Bures bei der Unterzeichnung der Deklaration „Innovationsland Österreich“.

Roman

Fromme Begierden

Der Autor Michael Amon berichtet von seinen Jahren im katholischen Internat. Zentrale Themen sind Gewalt, Missbrauch, religiöser Wahn und hemmungslose Machtausübung.

Für manche Bücher – gerade wenn sie derart lückenlos und ungeschönt in die eigene Kindheit reichen – braucht es Zeit. Viel Zeit musste offenbar auch für Michael Amon vergehen, bis er sich mit „Fromme Begierden“ in eine Kindheit zurück geschrieben hat, die niemandem zu wünschen ist. Es geht darin um einen Klerikalfaschisten als Internatsleiter, der seine verklemmte Sexualität beim Verprügeln kleiner Kinder auslebt

und um sadistische Erzieher. Der Autor beschreibt sinnlose Strafen, die verhängt wurden, die bis zu körperlicher Folter reichten. Amon geht es nicht um eine undifferenzierte Aburteilung der Kirche oder einfache Antworten. Aber er beschreibt ein System, in dem nicht einige hundert Einzelfälle, sondern zigtausende noch lebende Menschen zu Opfern geworden sind. Er gibt ihnen eine Stimme. Und er nennt Täter beim Namen. ♦

Ratgeber

Die 50 größten Energiespar-Lügen

Das Buch „Die 50 größten Energiespar-Lügen“ des langjährigen „trend“-Wirtschaftsredakteurs Markus Groll zeigt auf, wo wir beim Energiesparen hinters Licht geführt werden und wo es sich wirklich rechnen könnte.

Die Kosten für Energie steigen unaufhaltsam. Das wird mit jeder Strom-, Heizöl- und Tankrechnung schmerzlich bewusst. Dabei gibt es längst die Technik für die persönliche Energiewende. Allerdings könnte die teurer werden als gedacht, denn nicht alle Empfehlungen der Umweltpolitiker, Energieunternehmen und Ökoberater sind wirklich gut für die Geldbörse. Oft sind sie nicht einmal gut

fürs Klima. Der Autor analysiert in seinem Buch, wie die österreichische Umwelt- und Energiepolitik die oft beschworene Energiewende durch widersprüchliche Förderungen oder fehlende Richtungsentscheidungen blockiert. Das Buch klärt auf, wo wir beim Energiesparen hinters Licht geführt werden und wie wir uns abseits des Hypes rund um erneuerbare Energien intelligent grün sparen. ♦

Sachbuch

Was würde Keynes heute tun?

In seinem Buch „Was würde Keynes heute tun?“ liefert der anerkannte Experte Paul Davidson zeitlose Ideen von Keynes und zeigt darin Wege auf, wie wir aus dieser desaströsen wirtschaftlichen Lage herauskommen könnten.

John Maynard Keynes (1883-1946) gilt als einer der wichtigsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Seine Ideen sind allerdings im Laufe der Jahre ins Hintertreffen geraten.

Doch die Ideen Keynes sind heute wieder aktueller und wichtiger denn je. Der Autor will mit Keynes Wege aufzeigen, wie das Vertrauen in die kapitalistische Wirtschaft zurückgewonnen und der Pfad

eines global umspannenden Wohlstands beschritten werden kann. Er demonstriert die Aktualität des Keynes'schen Denkens und liefert sowohl Denkanstöße als auch konkrete Lösungsansätze, wie die drängenden Probleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen sind. Paul Davidson ist Makroökonom und einer der führenden amerikanischen Vertreter des Postkeynesianismus. ♦



..... Stk.



Michael Amon:

Fromme Begierden.**Autobiographischer Roman.**

Klever Verlag, Wien 2011;

215 S., 19,90 Euro



..... Stk.



Markus Groll:

Die 50 größten**Energiespar-Lügen.**

Hubert Krenn Verlag, Wien 2011;

192 S., 18,90 Euro



..... Stk.



Paul Davidson:

Was würde Keynes heute tun?

Börsenbuchverlag,

Kulmbach 2011;

239 S., 25,60 Euro

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

FINANZMARKT

Droht Kreditklemme für kleine Betriebe?

Mit einer Umsetzung der Basel III-Regelung ist die Gefahr verbunden, dass Kredite für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) ausbleiben. Die SPÖ drängt daher darauf, neu zu verhandeln.



SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter tritt für mehr Geld für die Realwirtschaft und weniger Möglichkeiten zum Zocken ein.

Zwei Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa sind in KMU beschäftigt. Wenn Kredite ausbleiben, sind diese Arbeitsplätze gefährdet. Basel III ist ein Paket zur Bankenregulierung, das als Reaktion auf die Wirt-

schaftskrise zur Diskussion steht. Grundsätzlich ist diese Regelung positiv, damit sind aber auch Probleme verbunden. „Es besteht die Gefahr, dass es mit Basel III in der Realwirtschaft zu einer Kreditklemme kommt“, warnt SPÖ-Wirtschaftssprecher

Christoph Matznetter. Wenn Banken beim traditionellen Kreditgeschäft mit KMU drei Mal mehr Eigenkapital hinterlegen müssen als beim Handel mit Finanzpapieren, läuft die Regelung in eine falsche Richtung. Auch Probleme beim Zocken mit Ramschpapieren wurden dadurch nicht beseitigt, betont SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner.

Ratingagenturen entmachten

Nun soll im EU-Parlament auf eine Änderung der Basel III-Regelungen gedrängt werden. Banken sollen wieder ihrem Kerngeschäft, dem Bereitstellen von Geld für die Realwirtschaft, nachkommen. Auch die Stellung von Ratingagenturen muss überdacht werden. Bei diesen kam es zu eklatanten Fehleinschätzungen. Ramschpapiere, die in die Krise führten, wurden mit den besten Ratings versehen. ♦

PORNOGRAFISCHE WERBUNG

Besserer Jugendschutz bei Inseraten gefordert

Nationalratsabgeordneter Josef Auer fordert, dass in Sex-Inseraten nicht mehr mit pornografischen Darstellungen geworben werden darf.

Der Tiroler Abgeordnete hat dazu Anfragen an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend sowie an die Innen- und Justizministerin gestellt. Eine wesentliche Frage gilt der Darstellung der Frau in der Öffentlichkeit sowie dem Jugendschutz. Schließlich sind die pornographischen Darstellungen in zum Teil auflagenstarken Tageszeitungen abgedruckt. Kinder haben dadurch einen uneingeschränkten Zugang zu

Bildern, die in allen anderen Medien einer Zensur unterliegen. Auer fordert wirkungsvolle Kontrollmaßnahmen sowie eine wesentliche Verbesserung des Jugendschutzes. ♦



NR-Abg. Josef Auer: „Sex-Inserate diskriminieren, erniedrigen und bedrohen die Würde der Frauen“.

GUTER ZWECK

Adventmarkt in der Säulenhalle

Von 15.11. bis 16.11. luden die Wiener Sozialdienste, die „Kreativwerkstatt im 8.“, das Kinderhospiz „Netz“ und die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im Parlament zum Adventmarkt in die Säulenhalle ein.

Am großen Adventflohmarkt im Parlament konnten geschmackvolle Produkte von den genannten sozialen Einrichtungen erstanden werden. Bei Kaffee und Kuchen, verkauft von der FSG, stöberten die Besucher in Ruhe nach Brauchbarem und Interessante. Am Ende überreichte die FSG den Erlös ihres Kaffee- und Kuchenstands als Spende an die anwesenden sozialen Einrichtungen. Die Aktion war ein voller Erfolg. Alle

Beteiligten freuten sich sichtlich über den großen Beteiligung und die Erlöse für den guten Zweck. ♦



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit den Organisatorinnen des Adventflohmarkts.



ÖBB

Wider die Verscherbelungspläne

Auch in wenig frequentierten ländlichen Gebieten brauchen die Menschen Infrastruktur und Bahnverbindungen. Kein Unternehmen kann den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität von Regionen so stärken wie die ÖBB.

Investitionen in die Bahn sind Investitionen in essentielle Infrastruktur. „Die Investitionen, die wir in die Bahn tätigen, sind intelligente Investitionen, die der Umwelt und dem Wirtschaftsstandort nützen, sowie in Arbeitsplätze und Lebensqualität gehen“, betont SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. 40.000 Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen und gesichert. Mit 170 Euro pro Österreicherin und Österreicher im Jahr werden Neubau, Erhaltung, Erhalt und Betrieb von über 5.000 Eisenbahnkilometern sichergestellt.



ÖBB

Schwarz-blaue Sünden beseitigen

Diese Leistungen einem privaten Unternehmen zu übergeben, wäre wirtschaftlich kurzsichtig. „Es handelt sich um Strecken, die der Bund bestellt, um ein Bahnangebot für alle und damit die Mobilität in Österreich zu sichern. Auch in wenig frequentierten ländlichen Regio-

Die Bahn schafft Infrastruktur und Arbeitsplätze und ist zentral für die Mobilität der Österreicherinnen und Österreicher.

nen brauchen wir ein Bahnangebot; kein Unternehmen könnte diese Strecken privatwirtschaftlich führen“, erklärt Heinzl. Kurzsichtig handelte damals die schwarz-blaue Regierung. Die Bahnzerteilung 2003 führte zu einer Aufblähung des Apparats und einem Anstieg des Managements

auf 1.200 Führungskräfte. Diese Altlasten müssen abgebaut werden. Die ÖBB haben daher ein ambitioniertes Sparprogramm vorgelegt. Infrastrukturministerin Doris Bures hat klare Vorgaben gemacht, dass die Bahn 2013 schwarze Zahlen schreiben muss. ♦

SCHULE

Schluss mit Bildungsbenachteiligung

Eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer (AK) Wien zeigt die soziale Benachteiligung im Bildungssystem auf: Einkommen und Bildungsgrad der Eltern entscheiden maßgeblich über den Bildungsweg der Kinder.



SPÖ-Bildungssprecher Mayer: „Es soll für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Lage, Chancengleichheit herrschen.“

nach der Volksschule in eine AHS, so das Ergebnis der Studie. Für SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer ist dieser Umstand ein „weiteres Argument für die ganztägige gemeinsame Schule“. Es sei unerträglich, dass nicht die Begabungen und Talente über die Zukunft unserer Kinder entscheiden, sondern die soziale Lage der Eltern, kritisiert der Nationalratsabgeordnete. „Wir können und dürfen es uns nicht länger leisten, auf Talente zu verzichten. Kein Kind darf auf der Strecke bleiben“, bekräftigt Mayer.

Soziale Benachteiligung abstellen

Auf wie viele Talente derzeit verzichtet wird, führt die Studie deutlich vor Augen: so ist der Anteil der Kinder von

Geringverdienern in der vierten Klasse Hauptschule fast dreimal so hoch wie in der vierten Klasse AHS-Unterstufe. Viele Kinder aus schlechter gestellten Haushalten machen demnach Ausbildungen ohne Matura. Für Mayer ist aber klar: Bildungschancen dürften nicht von der sozialen Lage der Eltern abhängen. Die Übernahme der Neuen Mittelschule ins Regelschulwesen ist ein „erster, ganz wichtiger Schritt, um die soziale Benachteiligung im Bildungssystem abzustellen. Diesem Schritt müssen jetzt weitere folgen“, so Mayer. Das Ziel ist klar: eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, die für bestmögliche, chancengerechte Bildung und eine gut vorbereitete Bildungswegentscheidung im Alter von 14 Jahren sorgt. ♦

SPÖ ORGANISATIONEN

16 Tage gegen Gewalt



SPÖ-Organisationen in ganz Österreich machten mit Aktionen auf die vielen Facetten von Gewalt gegen Frauen aufmerksam und informierten darüber, wo es Hilfe gibt.

Die jüngsten Zahlen sind alarmierend: Jede fünfte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Im Jahr 2010 wurden 6.759 Wegweisungen gegen Gewalttäter ausgesprochen. Die SPÖ hat daher im Rahmen der internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“ von Wien bis Tirol Aktionen gestartet, um über diese Problematik aufzuklären. Die SPÖ Frauen mit Frauenministerin, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzender Gabriele Heinisch-Hosek initiierten z.B. die Aktion „Gestärkt gegen Gewalt“, mit der möglichst viele Frauen über Gewaltschutzeinrichtungen informiert werden sollen. ♦



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Zielpunkt-Vorsitzender Jan Satek und Fußballlegende Hans Krankl machen die Frauenhelpline 0800/222555 mit der Aktion „Gewalt kommt mir nicht in die Tüte“ bekannt.



„Gewalt entsorgt“ haben die SPÖ Frauen Tirol mit SPÖ-Frauensprecherin Wurm, LT-Vizepräsidentin Schiessling und GR Eberl.



Die Junge Generation in der SPÖ setzte mit ihrer Straßenaktion „Pfeif auf Gewalt“ ein lautes, starkes Zeichen.



Die volle Aufmerksamkeit der Passantinnen und Passanten am Grazer Hauptplatz für ihr Anliegen war AKS, SJ und VSSSt sicher.

PVÖ

Schluss mit der Preistreiberei



In den nächsten Monaten wird sich der Pensionistenverband mit voller Kraft dem Kampf gegen die Teuerung widmen.

„Alle stöhnen unter den steigenden Preisen, vor allem bei Energie und Lebensmitteln. Alle wissen, dass es einen ‚Österreich-Aufschlag‘ gibt. Die Menschen wollen endlich sehen, dass den Supermärkten und Lebensmittelerzeugern auf die Finger geschaut wird“, betont PVÖ-Präsident Karl Blecha. Der Pensionistenverband fordert daher drastische und rasche Preiskontrollen, vor allem auch, um der Tatsache entgegenzuwirken, dass ein und dasselbe Produkt in deutschen Supermärkten erheblich billiger ist als in Österreich. Für Blecha ist daher klar: „Es braucht konkrete Schritte gegen die Teuerung, sonst frisst sie die Pensionsanpassung auf und gefährdet die Kaufkraft.“ ♦



SPÖ

Für PVÖ-Präsident Karl Blecha steht fest: „Der Kampf gegen die Teuerung ist untrennbar mit dem Kampf für die Wertsicherung der Pensionen verbunden.“

WIEN

VIG-Festakt würdigt Lebenswerk von Günter Geyer



Hochrangige Prominenz, stimmungsvolles Ambiente, würdige Ansprachen und Generaldirektor Günter Geyer standen im Mittelpunkt eines Festaktes der Vienna Insurance Group (VIG) in der Wiener Hofburg.

Geyer zeigte sich optimistisch für die Zukunft, auch in „wirtschaftlich herausfordernden Zeiten“. ♦



VIG-Generaldirektor Günter Geyer heißt Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin Margit willkommen. Auch ÖGB-Präsident Erich Foglar, Linz-AG-Vorstandsdirektor Erich Haider, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und VIG-Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Rutenstorfer waren unter den Gästen.



Fotos: SPÖ

WIEN

Top-Ausbildung für unsere Jugend



Wien sorgt für die Ausbildung von mehr als 5.000 Lehrlingen – und das auf Top-Niveau. Damit leistet Wien einen wichtigen Beitrag zur Jugendbeschäftigung, bekräftigt Personalstadträtin Sandra Frauenberger.

Es sind beeindruckende Zahlen, mit denen die Stadt Wien in Sachen Lehrlingsausbildung aufwarten kann: Allein 700 Lehrlinge bildet die Stadt selbst aus. Dazu kommen 500 weitere junge Menschen, die in Tochtergesellschaften oder auch bei den Wiener Stadtwerken qualifiziert werden. Damit nicht genug, finanziert Wien gemeinsam mit dem Bund 4.000 Plätze in Lehrwerkstätten. „Damit bietet die Stadt jungen Wienerinnen und Wienern hervorragende Zukunftschancen. Denn eine fundierte und gute Ausbildung ist das Um und Auf für ein eigenständig existenzgesichertes Leben“, unterstreicht Frauenberger.



PID/Kromus

Festakt im Wiener Rathaus: Personalstadträtin Sandra Frauenberger und Jennifer Schneider (Bereichsleiterin Lehrlingsmanagement) mit Lehrlingen.

Lehrlinge vor den Vorhang

Von den 700 Lehrlingen, die derzeit bei der Stadt Wien ausgebildet werden, sind 406 junge Frauen. Besonders erfreulich: So manches Mädchen lässt sich auch heuer wieder in „untypischen Frauenberufen“ ausbilden, z.B. zur Chemielabortechnikerin oder zur bautechnischen Zeichnerin. Doch

Wien bildet seine Lehrlinge nicht nur auf hohem Niveau aus, sondern bringt den jungen Menschen auch Wertschätzung entgegen. Bürgermeister Michael Häupl und Personalstadträtin Frauenberger haben über 400 Lehrlinge zu einem Festakt ins Rathaus geladen und die 36 besten ausgelernte Lehrlinge für ihre besonderen Leistungen prämiert. ♦

OBERÖSTERREICH

Neue Website online



Die Internetseite der SPÖ Oberösterreich präsentiert sich im neuen Gewand und bietet viele neue Funktionen.



Die neue Webpräsenz präsentiert sich modern und übersichtlich. Sie ist unter der gewohnten Internetadresse **www.ooe.spoe.at** zu erreichen und enthält alle Neuigkeiten aus der Landesorganisation. Infos über „morgen.rot“, den größten Reformprozess, den es je in der SPÖ OÖ gegeben hat, sowie Schwerpunkte zu den Themen Gerechtigkeit und Bildung sind ebenfalls zu finden. Neu ist eine App für Smartphones, die digitale Publikationen der Partei zum Download anbietet. Videos, Infos über das Team der SPÖ OÖ und umfangreiche Bildergalerien runden das Angebot ab. ♦



Alle Infos über die Aktivitäten der SPÖ Oberösterreich sind unter **www.ooe.spoe.at** zu finden.

KINDERFREUNDE

Tolle Orte für Kinder



Die Kinderfreunde

Auf der neuen Website **www.kinderlandkarte.at** verraten Kinder, Jugendliche und Eltern ihre Lieblingsorte.

Das Besondere an dieser Plattform ist die User-Orientierung, da die Inhalte vor allem von den Benutzern der Website



kommen. „Auf der Kinderlandkarte können alle Kinder, Jugendlichen und Familien in Österreich ihre Lieblingsorte in der Umgebung eintragen und so mit allen anderen Interessierten teilen“, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Österreichischen Kinderfreunde LABg. Jürgen Wutzlhofer. Dem Recht der Kinder auf Freizeit und Mitbestimmung wird mit der neuen Website Rechnung getragen. ♦



Ob Spielplätze, Lokale oder Ausflugsideen: Auf dieser Website soll reger Austausch über Orte, an denen sich Kinder wohlfühlen, entstehen.



QUERGESCHRIEBEN

Bildungsvolksbegehren gelaufen – was nun?

383.820 Österreicherinnen und Österreicher haben mit ihrer Stimme ein Votum für eine grundlegende Bildungsreform abgegeben. Wie soll jetzt mit diesem Votum umgegangen werden?

„Die SPÖ ist gefordert, sich an der Umsetzung des Bildungsvolksbegehrens maßgeblich zu beteiligen und das Feld nicht reaktionären Kräften zu überlassen.“

Zugegeben, einige von uns hätten sich noch mehr Beteiligung erwünscht. Fast 400.000 sind aber keinesfalls als kleine Minderheit abzutun, wie dies die ÖVP in einer ersten Reaktion kundtat. Demokratiepolitisch gesehen eine bedenkliche und besorgniserregende Haltung! Die AHS-Lehrgewerkschafter der ÖVP mobilisieren bereits wieder intensiv gegen eine gemeinsame Schule und für die Beibehaltung der frühen Trennung, in einer Weise, wie wir sie heute nicht mehr für möglich gehalten hätten.

Große Teile der Lehrerschaft fühlten sich nicht angesprochen

Was ist also mit dem Endergebnis zu tun? Wie soll es weitergehen? Diese Frage hängt eng damit zusammen, warum nicht noch weit mehr Menschen dazu bewegt werden konnten, ihre Stimme für die Zukunft der österreichischen Bildung abzugeben und vermutlich auch damit, warum relativ große Teile der Lehrerschaft sich nicht angesprochen fühlten. Die allerwenigsten Bildungsvolksbegehren der Vergangenheit haben nämlich bisher konkrete Umsetzungsergebnisse gebracht, was das Vertrauen in die Mittel der direkten Demokratie nachhaltig beschädigt hat. Im Kontext der allgemeinen Politikverdrossenheit glauben viele nicht mehr daran, dass es sich lohnt, ihre Stimme für ein demokratiepolitisches Anliegen abzugeben. Was die Lehrerinnen und Lehrer betrifft, kommt noch eine weitere Komponente dazu: In den letzten Jahrzehnten haben sie nur allzu oft erlebt, dass sich



Das Bildungsvolksbegehren umzusetzen heißt: Bessere Bildung für alle.

so genannte Reformen vielfach als mehr oder wenig gut versteckte Sparmaßnahmen herausgestellt haben, im schlimmsten Fall sogar offen als solche deklariert wurden. Unter Elisabeth Gehrler mussten die Schulen sogar innerhalb weniger Wochen zwei Wochenstunden Unterricht kürzen und die Gewichtung perfiderweise schulautonom vornehmen, was, nebenbei gesagt, die hierzulande ohnehin wenig beliebte Schulautonomie endgültig beschädigt hat. Die österreichische Lehrerschaft, die Reformen ohnehin skeptisch gegenübersteht, wurde so in ihrer eher konservativen Haltung noch bestärkt.

Volksbegehren Punkt für Punkt diskutieren

Es gilt also jetzt einerseits das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik insgesamt wiederherzustellen, indem man die Anliegen des Volksbegehrens Punkt für Punkt diskutiert und einer Umsetzung zuführt, und zwar nicht als Alibiaktion, wie wir es im Umgang mit vielen früheren Volksbegehren kennen. Bedenken muss man dabei auch, dass alle Punkte des Begehrens gleich

wichtig und miteinander verzahnt sind; sie können daher nicht isoliert herausgegriffen werden. Andererseits muss das Vertrauen der österreichischen Lehrerschaft gewonnen werden. Öffentliches Lehrerbashing trägt nicht dazu bei. Viele machen gute Arbeit bzw. versuchen zumindest, dies unter den derzeit widrigen Bedingungen zu tun. Das System aber, in dem sie arbeiten, ist krank. Die SPÖ ist gefordert, sich an der Umsetzung des Bildungsvolksbegehrens maßgeblich zu beteiligen und das Feld nicht reaktionären Kräften zu überlassen. Durch die frühe Selektion der Schülerinnen und Schüler entsteht – und das ist empirisch belegt – soziale Benachteiligung. Die Verhinderung von sozialer Diskriminierung ist und war Kernanliegen der SPÖ. Jetzt kann die SPÖ zeigen, dass sie es damit auch 2012 ernst meint. ♦

Heidi Schrodtt war langjährige Direktorin der AHS Rahlgasse in Wien. Sie ist Vorsitzende der überparteilichen Initiative „BildungGrenzenlos“ (www.bildungsgrenzenlos.at) und hat beim Bildungsvolksbegehren mitgearbeitet.



Quelle: IWI/Statistik Austria

Ein Gewinn für Österreich!

Casinos Austria setzt auf Partner aus der Region.
Von Spielgeräten über Bauaufträge bis hin zu Speisen und Getränken - Casinos Austria kauft im eigenen Land und sorgt damit für eine jährliche Produktionsleistung von fast 700 Millionen Euro*. Aus Überzeugung und zum Nutzen der heimischen Wirtschaft.

Gut für Österreich.


CASINOS AUSTRIA



Arbeits-Gespräch

Mit 1. Jänner 2012 übernimmt Dänemark den EU-Vorsitz. Bundeskanzler Werner Faymann hat aus diesem Anlass die dänische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt getroffen.

Ehren-Kreuz

Mit „Wünsch dir was“ wurde er über Österreichs Grenzen hinaus bekannt. Weniger bekannt ist Dietmar Schönherr's karitatives Engagement für Nicaragua. Jetzt erhielt der österreichische Schauspieler, Autor und Entwicklungshelfer aus den Händen von Kulturministern Claudia Schmied das „Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse“.



Ehren-Zeichen

Bundespräsident Heinz Fischer hat Infrastrukturminister Doris Bures vor kurzem das „Goldene Ehrenzeichen der Republik“ verliehen. Ministerin Bures erhielt die Auszeichnung für ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit.

Zertifikat-Verleihung

Einen wichtigen Beitrag gegen das Vergessen – das leisten die neu ausgebildeten Mauthausen-Guides, die an ehemaligen Außenlagern des KZ Mauthausen Begleitungen durchführen. Staatssekretär Josef Ostermayer verlieh den Guides vor kurzem Zertifikate.

